

HORST BETHGE

Grüne Schrift – schwarzer Text

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 24. Februar 2008 verlor die bis dahin allein regierende CDU 50 103 Stimmen, was 4,6 Prozent beziehungsweise sieben Sitzen entspricht. Der SPD gelang es nicht, mit einem mageren Stimmenzuwachs von 14 075 Stimmen beziehungsweise 3,6 Prozent und vier zusätzlichen Sitzen diese abzulösen. Da auch die Hamburger Grünen (GAL) 13 580 Stimmen beziehungsweise zwei Prozent einbüßten, konnte auch an die bis 2000 regierende rot-grüne Koalition nicht angeknüpft werden. Der LINKEN gelang es, mit 50 132 Wählern beziehungsweise 6,4 Prozent und acht Abgeordneten erstmals in das Landesparlament einzuziehen, darunter drei direkt gewählte Abgeordnete. Die FDP blieb mit 4,8 Prozent erneut unter der fünf Prozenthürde.

So bestand zwar arithmetisch die Möglichkeit, den reinen CDU-Senat durch eine rot-rot-grüne Koalition oder eine rot-grüne Koalition, die von der LINKEN toleriert werden würde, abzulösen, politisch aber gab es diese Möglichkeit nicht. Deshalb wurde zwei Monate lang, begleitet von bundesweiter Aufmerksamkeit über die erste grün-schwarze Koalition auf Landesebene, eine Koalition der Wahlverlierer, die zusammen immerhin 6,6 Prozent an Stimmen verloren hatten, verhandelt.

Am 28. April hat dann die CDU-Delegiertenversammlung mit nur einer Enthaltung nach nur drei Nachfragen, einen Tag vorher die GAL-Mitgliederversammlung mit deutlicher Mehrheit von 80 Prozent dem 65-seitigen Koalitionsvertrag zugestimmt und damit die erste schwarz-grüne Koalition besiegelt. Das ist das sichtbarste Zeichen einer Umgruppierung innerhalb des herkömmlichen Parteienspektrums in der BRD und eine Reaktion auf das bundesweite Erstarken der LINKEN. Damit wird deutlich, dass die herrschenden Machteliten lieber ihre Differenzen über politische Strategien eineben als bereit sind, mit der LINKEN irgendwelche Koalitionen oder Tolerierungsmodelle einzugehen. Das sollte auch ein Zeichen sein, gegebenenfalls nach der Bundestagswahl 2009 diese Option nutzen zu wollen, um einer substantiellen Änderung der herrschenden Politik zu entgehen. Die in Hessen am Horizont aufgetauchte Variante einer rot-rot-grünen Koalition oder Tolerierung, die auf das heftigste bekämpft und dann aus den Reihen der SPD torpediert wurde, scheint damit erst einmal verbannt. Der gesellschaftlich-außerparlamentarische Druck ist für rot-rot-grün in Hamburg nicht groß genug. Für Hamburg – wo rot-rot-grün spätestens seit Herbst 2007 nach ersten geheimen Sondierungen zwischen SPD und GAL

Horst Bethge – Jg. 1935; Grund-, Haupt-, und Realschullehrer a. D. aus Hamburg, ist Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE, des Sprecherrats der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik der LINKEN, ehemaliger Mitherausgeber von Demokratische Erziehung, er wirkt im Educational Forum beim Europäischen Sozialforum und bei den PädagogInnen für den Frieden mit.

Diese Hamburger Wahlen – denn parallel zu den Bürgerschaftswahlen fanden die Bezirksversammlungswahlen in den sieben Stadtbezirken statt (was hier außer Betracht bleiben muss) – sind die dritten in Folge, in der es der SPD nicht gelang, in ihrer alten Hochburg Hamburg den Bürgermeister zu stellen. August Bebel hatte hier

keine politisch realistische Option war – wird damit die grundsätzliche Fortsetzung einer auf Standortwettbewerb, Förderung der »oberen Zehntausend« und neoliberalen Umbau Hamburgs gerichteten »modernen« CDU-Politik ermöglicht. Vor Jahren wurde sie mit einer Koalition mit dem Rechtspopulisten Schill begonnen. Um eigener Regierungsbeteiligung willen hat die einstmals linke Hamburger GAL dem Freiherrn von Beust erlaubt, sich als Meister der Mimikry und Champion des großen Spagats zu inszenieren: Es ist eine erstaunliche Flexibilität der Hamburger CDU, das Meisterstück ihrer »Modernisierung«. Noch hat niemand in der BRD hinbekommen, nacheinander mit einem rechten Law-and-Order-Mann und einer ökologischen Crew zu regieren und dabei den Kern der eigenen Politik beizubehalten. Eine Politikwende in Hamburg gibt es also nicht. Zwar mag sie rechnerisch möglich gewesen sein, politisch aber war sie es nicht. Denn die GAL ist keine ökosozialistische Partei mehr, und die SPD in Hamburg keine linksreformerische (was allerdings mit der 2006 vom rechten Flügel inszenierten Notbremse, durch Stimmzettelklau einen eventuell nach links orientierenden Vorsitzenden abzusagen, im Ansatz unterbunden wurde). Mit Sympathien der Springer-Presse und der Handelskammer bei vollständigem Verstummen der SPD – hielt sie sich bis jetzt doch als Not Helfer für eine große Koalition bereit – hat die GAL zahlreiche Wahlversprechen gebrochen und zum weiteren Vertrauensverlust der Parteien beim Wahlvolk beigetragen. Nun finden sich in Hamburg SPD und LINKE gemeinsam in der parlamentarischen Opposition.

Sieht man sich den Koalitionsvertrag genauer an, fällt auf, dass mit viel modernistischem Vokabular, mit Begriffen und Lyrik aus grünem Sprachgebrauch, vage Ziele der Koalition beschrieben sind. 88 mal wurden Begriffe, »soll geprüft«, »soll evaluiert«, »müssen noch definiert« werden, benutzt. Das überdeckt Kontroversen oder unklare Maßnahmen. So muss vermutet werden, dass bei den Verhandlungen weniger um Positionen als um verschleierte Formulierungen gerungen wurde. Offensichtlich, um der grünen Basis die Zustimmung zu erleichtern und die Öffentlichkeit mit vagen Andeutungen abzuspeisen. Das kommt dabei heraus, wenn das Gesamtergebnis von Anfang an feststand, dass man zusammen dem »Reiz der Machtausübung« (*Welt am Sonntag*) folgen will, und beide Seiten nur darum besorgt waren, wie sie es ihren Wählern sagen könnten. Erst nach der Wahl im Zuge der Koalitionsverhandlungen hat auch Bürgermeister von Beust bekannt, seit langem auf diese Lösung hingearbeitet zu haben. Auch er hat damit die Wähler getäuscht. So wird vor allem die kommende Regierungspraxis zeigen müssen, ob sich selbst in einzelnen Punkten politisch mehr geändert hat, als eine modernere Kommunikation. Hier liegen Ansätze für notwendige parlamentarische und außerparlamentarische Opposition.

Die entscheidende politische Grundrichtung des kommenden Senats wird jedenfalls gleich zu Anfang des Koalitionsvertrages, in der Präambel, von der CDU vorgegeben: Anstatt von sozialer Gerechtigkeit (die im ganzen Koalitionsvertrag mit keinem Wort vorkommt!), ist von »Generationengerechtigkeit« die Rede. Nachhaltig wird

jahrelang seinen Wahlkreis und seit 1919 (nur unterbrochen im Faschismus und von 1957 bis 1961) war die SPD stets die stärkste Partei. Die SPD stellte seit 1946 den 1. Bürgermeister (nur unterbrochen von 1957 bis 1961) und regierte entweder alleine oder in Koalitionen mit der FDP, der STATTpartei und seit 1998 mit der GAL. Entsprechend ausgeprägt ist der sozialdemokratische Filz. In »global cities« (Saskia Sassen) wie Hamburg – ähnlich wie in Berlin und Frankfurt – treten gesellschaftliche Probleme konzentrierter auf, Konflikte verlaufen heftiger (auf der Linken wie auf der Rechten), Trends werden frühzeitiger sichtbar. So befindet sich das traditionelle Parteienspektrum in Hamburg schon seit einiger Zeit im Umbruch: Anfang der 1980er Jahre gelang es der GAL, einem Zusammenschluss von Grünen und Alternativen, erhebliche Stimmen zu gewinnen (zwischen 13 und 18 Prozent). Schon 1993 führten Filz-, Diätenskandale und undemokratische Machenschaften bei der CDU zur Wiederholung einer Wahl – und zur Gründung der STATTpartei als Abspaltung von der CDU. Später erreichte die rechtspopulistische SCHILL-Partei in einigen Stadtteilen bis zu 34 Prozent der Stimmen und zog mit 25 Abgeordneten in das Landesparlament ein.

In Hamburg gelang es dem hier vorherrschenden Handels-, Medien- und Industriekapital nie, einen »Bürgerblock« dauerhaft zu etablieren. Zwar errang 1957 ein »Bürgerblock« aus CDU, FDP, BHE und DP für vier Jahre die Mehrheit, zerfiel aber schon vor Ablauf der Wahlperiode. Und das

auf Welthandel, auch mit dem damaligen »Ostblock« orientierte Handelskapital hatte mit der FDP eine sozialliberal und entspannungspolitisch positionierte politische Vertretung. Sie konnte jahrelang mit der im Bundesmaßstab weit rechts orientierten SPD Koalitionen bilden. Das ist seit der Ära Genscher vorbei, als der sozialliberale Flügel aus der FDP austrat.

Jahrzehntelang hatte die Hamburger CDU versucht, die Dominanz der SPD zu brechen. Alle Anläufe scheiterten, so dass bekanntere Christdemokraten abwanderten und anderswo Karriere machten (Hartmut Perschau, Walter Leisler Kiep, Volker Rühle). Nach der Abspaltung STATT-Partei wurde der stramm rechts-konservative Kurs von der CDU aufgegeben. Seitdem gehören moderne Sozialpolitik im Stile des »compassionated conservatism« (mitfühlender Konservatismus in den USA) und des »Förderns und Förderens«, moderne Drogenpolitik, Investitionsprogramme zur Förderung von Kitas und Schulen in Problemgebieten und Einsatz städtischen Kapitals zur Rettung Hamburger Firmen (Beispiel Beiersdorf) ins Arsenal der Hamburger CDU-Politik. Der smarte Freiherr von Beust ist als ohne jeglichen Skandal geouteter Schwuler und bekannter Sylt-Fahrer der ideale Politiker-Typ dafür.

Einst scheute sich v. Beust nicht, mit dem Rechtspopulisten Schill zu koalieren (33 CDU-, 25 SCHILL- und 6 FDP-Abgeordnete), diesem Hamburger Verschnitt von Haider, Berlusconi und Sarkozy, einen durch knallharte Gerichtsurteile be-

lediglich auf die Haushaltssituation bezogen. Dem CDU-Leitbild von der »wachsenden Stadt« – Metapher für knallharte Standortkonkurrenz – soll weiterhin politisch gefolgt werden. Alles Verabredete steht unter der Prämisse, dass Einnahmen und Ausgaben des gesamten Haushalts ausgeglichen sein sollen, was eine haushaltspolitische Verschärfung darstellt. Bisher war nur der ausgeglichene Betriebshaushalt das Ziel der CDU. Nun müssen ganz offiziell alle zusätzlichen Investitionen durch Kürzungen bei sozialen und kulturellen Ausgaben gegenfinanziert werden. Kein Wort davon, eventuell die Einnahmeseite des Hamburger Haushalts zu verbessern, zum Beispiel durch Bundesratsinitiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder der Erhöhung der Erbschaftssteuer. Auch eine Erhöhung der Landessteuern (zum Beispiel Grunderwerbssteuer, Grund- und Gewerbesteuer) findet sich nicht. Darum enthält der ganze Koalitionsvertrag kaum eine konkrete Zahl. Da nach Aussagen von Christa Goetsch (GAL) und Michael Freytag (CDU-Finanzsenator) alles detailliert durchgerechnet worden sei und bei den Koalitionsverhandlungen vorgelegen hätte, muss man davon ausgehen, dass es zahlreiche Geheimprotokolle, vor allem zu den Finanzen gibt. Denn, nimmt man die lyrisch beschriebenen Verbesserungen und die Verabredung, einen ausgeglichenen Haushalt haben zu wollen, ernst, muss irgendwo anders gekürzt werden. Dazu aber wird nichts gesagt.

Auf der nachfolgenden Pressekonferenz wurde nur konkret gesagt, dass für Bildung, Kinder und Schulrenovierungen ein »dreistelliger Millionenbetrag« vorgesehen sei. Das allerdings wäre ein Tropfen auf den heißen Stein: Denn allein die nachgelagerten Studiengebühren kosten zunächst einmal etwa 50 Millionen € jährlich, die Schulreform etliche Lehrerstellen und für die Schulgebäudesanierung wurde ein Stau von alleine 3 bis 5,3 Milliarden € errechnet. Also: Wo wird dafür gekürzt?

Meine politische Erfahrung sagt – immerhin habe ich seit 1955 in Hamburg manche Koalitionsverträge lesen müssen – dass bei solchen Verträgen immer auch beachtet werden muss, wozu gar nichts gesagt oder öffentlich verabredet worden ist. Nichts gesagt wurde hier zur Beendigung der Privatisierungspolitik (Firmen-, Wohnungs- und Immobilienverkäufe), denn die berühmte »Jesteburger Liste« der vorgesehenen Privatisierungen ist noch nicht abgearbeitet. Nichts wurde zur Ausweitung der Mitbestimmung der Bezirksversammlungen und im öffentlichen Dienst gesagt (Personalvertretungsgesetz), nichts zu einem Landesprogramm Arbeit, nichts zur Zurückdrängung von HARTZ IV, nichts zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen, zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder der Bindung von öffentlichen Aufträgen an Mindestlöhne oder an ökologische Standards (Vergabe-, Entsendegesetz). Es steht nichts über die Wiedereinrichtung der Stelle eines Ausländerbeauftragten drin, und natürlich nichts zur Rüstungskonversion oder über die Erschwerung des Rüstungsexports. Und es findet sich keine Kritik am Tamm-Museum. Das ist vielleicht auch zuviel verlangt. Wie sagt doch der Bauer: »Man kann vom Ochsen nicht mehr verlangen als ein Stück Rindfleisch!« Noch im Wahlkampf hatte Bürgermeister von Beust gesagt, der Verkauf der Hamburger Elektrizitätswerke

HEW an Vattenfall sei ein Fehler gewesen – aber der Koalitionsvertrag sagt nichts zur Rekommunalisierung. Keine Seite hat erwähnt, dass sie dies oder jenes auch nur einzubringen versucht hätte. Stattdessen wurde immer und immer wieder das »gute Gesprächsklima« beschworen und vermittelt.

Dennoch gibt es, quasi als grün gefärbte Seitenausfallschritte in der ansonsten schwarzen Choreografie, einige vorbehaltlos zu begrüßende Verbesserungen und einige gute Neuerungen. Zu begrüßen ist der geplante Preisnachlass für Arbeitslose beim HVV-Ticket um 18 € (auch wenn das natürlich noch kein Sozialticket ist), der Bau von fünf- bis sechstausend Wohnungen jährlich (auch wenn hier der Hinweis »preiswert« fehlt), die Einführung einer Stadtbahn mit einer Anbindung von Steilshoop, 600 zusätzliche Wohnungen für Obdachlose, kein Verkauf des Universitätskrankenhauses (oder Teilen davon), kein Zukauf für Asklepios (auch wenn schon das Kartellamt davor wäre), die Schließung des geschlossenen Jugendheims Feuerbergstraße, die unbefristete Aussetzung der Abschiebung von afghanischen Familien, die Einrichtung einer Zentralstelle für Transparenz und Bürgerrechte mit vier Personalstellen, der Ausbau der Schulbibliotheken und das Ende der Schließungen von Öffentlichen Büchereien in den Stadtteilen, die leichte Erhöhung der Mittel für die Stadteilkultur und der Schuldnerberatung. Auch die Zustiftung von einer Million € zugunsten der Gesichtswerkstätten ist hier zu nennen. Auch in der Kinder- und Schulpolitik gibt es einige wenige Verbesserungen.

Das alles sollte nicht verachtet werden. Dagegen folgen verabredete Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik astreiner CDU-Linie: Die Ausweitung der Clusterbildung erfolgt im Rahmen des Konzepts der »wachsenden Stadt« mit einem neuen Cluster »Maritime Industrien« und mit einer Ausweitung des Clusters »Luftfahrt« zu »Neues Fliegen«, womit die besondere Förderung von EADS/Airbus in Finkenwerder festgeschrieben wird.

Einige von den oppositionellen Kräften dieser Stadt immer wieder geforderte Maßnahmen werden wenigstens angesprochen und »geprüft«. Auch hier sind Ansatzpunkte für den öffentlichen Druck vorgezeichnet. So zum Beispiel in der Evaluation des Hamburger Hochschulgesetzes (allerdings erst für die Mitte der Legislaturperiode vorgesehen), das Norddeutsche Hafenkonzert, die versprochene Umstellung auf Ökostrom bei Auslaufen der Verträge, ein eventuelles Modell »Stadtwerke« und vage »Arbeitsmarkt-Initiativen«.

In der Innen- und Rechtspolitik ist zwar der parteilose Innensenator Nagel, ein SCHILL-Erbe, dem CDU-Filz geopfert und durch den anderen Law-and-Order-Hardliner Ahlhaus (CDU) ersetzt worden, in der Sache wird die Modernisierung des Repressionsapparats sogar verstärkt fortgesetzt: Mehr automatisierte Kennzeichenlesegeräte für die Polizei und der Ausbau der Rasterfahndung. An der exzessiven Hamburger Videoüberwachung und den verdachtsunabhängigen Kontrollen wird ebenso festgehalten wie am Datenabgleich zwischen zentraler Schülerdatei und Melderegister zur Aufspürung Illegalisierter und an den wandernden Polizeikesseln bei Demos und der vorbeugenden Ingewahrsamsnahme. Da die GAL dem zugestimmt hat, kann bei ihr von einer modernen Bürgerrechts-

kannt gewordenen und von der Springer-Presse hochgeschriebenen Law-and-Order-Mann, finanziert von Hamburger Mittelständlern. Als von Beust fest im Sattel saß, trennte er sich wieder von Schill. Daraufhin spaltete sich dessen Partei, blieb aber im Senat.

In Hamburg gab es den größten Aderlass bei den Grünen durch den Jugoslawien-Krieg. Im Jahr 2000 traten fünf von 21 Bürger-schaftsabgeordneten und zahlreiche weitere Funktionsträger aus, nahmen ihre Mandate mit und gründeten die Wählervereinigung »Regenbogen – für eine neue Linke«. Mit enger Bindung an Ökologie-, Friedens-, Menschenrechts- und Stadteilkultur und -initiativen machten sie eine aktive, phantasievolle Oppositionspolitik und kandidierten zur folgenden Wahl zusammen mit linken Gewerkschaftern und PDSlern mit offenen Listen. Aber es gelang nicht, über die bekannten »Szenequartiere« hinaus nennenswerte Stimmen zu gewinnen, vor allem nicht aus dem Arbeitermilieu und den Problemstadtteilen. Ein aktiver Teil von Regenbogen beteiligte sich an der Gründung der LINKEN. 2008 löste sich Regenbogen auf.

Das Konzept der »wachsenden Stadt«, entworfen von McKinsey und der Handelskammer, 2002 vom CDU-Senat übernommen, ist das offizielle Leitbild des Senats. Es setzt auf Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum durch junge Fachkräfte und »high potentials« sowie ihre Familien, die Entwicklung von wirtschaftlichen Stärken in so genannten »Clustern« anstelle der Förderung in

der Fläche mit der Streusandbüchse, auf Haushaltskonsolidierung und Privatisierungen im großen Stil sowie eine bessere »Vermarktung« Hamburgs in der internationalen Metropolenkonkurrenz.

Die »Jesteburger Liste« wurde nach dem Tagungsvorort benannt und vom damals neu ins Amt gekommenen CDU-geführten Senat 2002 aufgestellt. Darin wird festgelegt, welche der vielen Hamburger Firmen und Beteiligungen, Immobilien und Grundstücke oder Flächen im Besitz der Stadt verkauft werden sollten. Seitdem wurde städtisches Eigentum im Wert von vier Milliarden € verkauft, seit 1988 in Höhe von 7,5 Milliarden €. Die Liste ist inzwischen fast ganz abgearbeitet, das heißt fast alles »Tafelsilber« ist verkauft.

Das am 28. Juni 2008 in der Hafencity eröffnete private »Internationale Maritime Museum« beherbergt die riesige Privatsammlung von Modellschiffen, Seeuniformen und maritimen Gegenständen sowie Schiffsbauzeichnungen des langjährigen ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer AG, Peter Tamm. Er hatte sie in seiner Villa an der Elbchaussee bis unter das Dach gehortet, im Vorgarten Seeminen, ein NVA-Schnellboot und See-kanonen. Seit 2005 gab es öffentliche Proteste, als bekannt wurde, dass seiner Stiftung der jetzt leer stehende Kaispeicher B in Erbpacht für 99 Jahre überlassen werden sollte und die Stadt 30 Millionen € zur Errichtung des Museums dazugibt. Sie hatte keinen Einfluss auf das Museumskonzept, obwohl die An-

partei, als die sie sich selbst gerne geriert, nicht mehr gesprochen werden. Dennoch ist begrüßenswert, dass im Strafvollzug wieder zwischen Jugendlichen und Erwachsenen unterschieden wird und der Gedanke der Resozialisierung in Zukunft wieder stärker berücksichtigt werden soll. Vage sind auch die Verabredungen für die Volksentscheide- und Pressemeldungen, dass hinfort in Hamburg Volksentscheide verbindlich seien, voreilig oder zweckoptimistisch zur Vertuschung des Bruchs von GAL-Wahlversprechen: Den Fraktionen und den Verbänden soll Gelegenheit gegeben werden, Gespräche zu führen, wobei prophylaktisch ausgeschlossen wurde, dass die GAL mit SPD und der LINKEN eventuell die CDU überstimmen könnte. Durchgesetzt hat sich die CDU auch dabei, die städtischen Altenheime von »Pflegen und Wohnen« privatisiert zu lassen und die Sportvereine auch weiterhin finanziell bei der Sporthallennutzung zu beteiligen. Gemeinsam halten CDU und GAL an der gigantisch teuren Elbphilharmonie fest. Nicht einmal die Deckelung der Kosten für die Stadt dafür wurde verabredet oder die Betriebskosten geklärt.

Im Kinder- und Bildungsbereich gibt es neben viel Schatten einige Sonnenflecken. Zu den Verbesserungen im Kita-Bereich zählen: der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Zweijährige und die Gebührenfreiheit für das letzte Jahr vor der Schule (Vorschule oder Kita). Allerdings hat hier die GAL nicht einmal versucht, kostenloses Mittagessen durchzusetzen. Angeblich, so Senatorin Goetsch in einer Diskussion bei der GEW, gäbe es keinen Bedarf dafür, denn nur ganze 63 Kinder seien in Kitas wegen der Kosten fürs Mittagessen abgemeldet worden. Auch die Erhöhung des qualifizierten Erzieherteils in den Kitas gehört hierher.

In der Schulpolitik wurde wieder einmal die Chance für eine große, längst überfällige Reform verpasst, nämlich eine Schule für alle von Klasse eins bis zehn einzuführen. Das wäre in der BRD ein einmalig historischer Schritt gewesen, wofür der Zeitpunkt äußerst günstig ist: Ein Volksgesetzgebungsverfahren hat die erste Stufe durchlaufen und geht vom 19. September bis 9. Oktober 2008 in die zweite Runde (und endet 2009 mit einem Volksentscheid parallel zu den Europa- oder Bürgerschaftswahlen!). Die CDU Hamburg hat in der Schulpolitik eine 180-Grad-Wendung gemacht (sie selbst hat ihr jahrzehntelang vertretenes Konzept, »Stärkung der Hauptschule«, aufgegeben und die Abschaffung des Sitzenbleibens und den Ersatz von Ziffernzeugnissen durch Kompetenzraster in Aussicht gestellt) und in der Öffentlichkeit finden Schulstrukturreformfragen eine breitere Resonanz, zumal in den Nachbarländern sich allerlei in dieselbe Richtung tut: In Schleswig-Holstein werden die Gemeinschaftsschulen von den Eltern immer mehr angewählt, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es in Klasse fünf und sechs keine Gymnasien mehr, in Berlin sind erste elf Gemeinschaftsschulen auf dem Weg und Niedersachsen erlebt eine neue Welle von Gesamtschulgründungen. Auch in der Wirtschaft beginnen Differenzierungen: Handwerk und Mittelstand fordern zum Teil selbst ein längeres gemeinsames Lernen – siehe auch die Positionen von Hogeforster und Krämer im Dialog mit Gregor Gysi vor der Wahl. Und nicht zuletzt: Die groß angekündigte Kampagne der CDU in Hamburg, »Ich

kämpfe für meine Schule – für Bildungsvielfalt in Hamburg« war mangels Massenbeteiligung der eklatanteste Flop im ganzen Wahlkampf. Zudem hat die von Eltern aus den gut situierten Elbgemeinden gegründete Volksinitiative »Wir wollen lernen« seit Mai erst jetzt die erforderlichen Unterschriften für die erste Stufe des Volksbegehrens erreicht. Damit soll die bestehende Schulstruktur bleiben. Kurz: Erneut wurde aus Feigheit vor der Oberklasse eine historische Chance verpasst, die Schulstruktur so zu ändern, dass die soziale Auslese durch das Schulsystem reduziert und nicht verstärkt wird. Herausgekommen ist ein komplizierter Mischmasch: Die politische Praxis wird erst noch zeigen müssen, ob am Ende etwas mehr sozialer Ausgleich im Schulbereich oder sogar eine Vorverlegung der sozialen Auslese dabei herauskommt. Es ist wie beim Schwangerschaftstest: Erst die weitere Entwicklung muss zeigen, ob es sich um eine Scheinschwangerschaft oder eine echte handelt. Denn ein bisschen Schwangerschaft gibt es bekanntlich ebenso wenig wie eine halbe soziale Auslese in der Schule.

Dennoch ist die Schließung der Hauptschulen vorbehaltlos zu begrüßen, ebenso, dass Klasse fünf und sechs den Grundschulen und nicht mehr zu 50 Prozent den Gymnasien zugeschlagen werden. Das längere gemeinsame Lernen in der Primarschule bis Klasse sieben ist ein Fortschritt, wenn es denn nach den integrativen pädagogischen Prinzipien der reformierten Grundschulen erfolgt und nicht durch Fachleistungsdifferenzierung und permanente Testerei konterkariert wird. Das Hauptproblem, dass das gegliederte Schulsystem die soziale Spaltung verschärft, ist allerdings nicht gelöst, nur nach hinten verschoben. Vertagt wurde auch die Einbeziehung der Förder- und Sprachheilschulen ins allgemeinbildende Schulwesen. Obwohl die neuen Primarschulen rechtlich selbständige Schulen werden sollen, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die soziale Auslese in einigen dieser Primarschulen sogar in die Vorschule vorverlegt wird, wenn Primarschulen an Gymnasien ange dockt werden, jegliche bauliche Veränderung ausgeschlossen bleibt und man sich weiterhin nicht mehr an der nächsten wohnortnahen Grundschule anmelden muss. Es entstünden dann wieder die seit dem Weimarer Schulkompromiss untersagten gymnasialen Vorschulen, die sogar im Grundgesetz mit dem Satz 6 in Art. 7 Erwähnung finden (»Vorschulen bleiben aufgehoben«, aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen und heute sonst ganz unverständlich). Das muss als Sicherung des Bildungsprivilegs verstanden werden. Es kommt also sehr auf die Schulentwicklungsplanung in den 22 Regionen an, in denen sich die Schulstandortfrage mit der Frage der sozialen Spaltung verbindet. Auch hier ein Ansatzpunkt lokaler und kommunaler Oppositionsarbeit, gegenzusteuern. Halbherzig ist das Verbot von Abschlüssen ab Klasse sieben. Die soziale Auslese mildern würde die Beendigung der unseligen deutschen Sitzenbleiberpraxis. Dazu äußert sich der Koalitionsvertrag gar nicht. Ebenso unzureichend ist, dass es nur zu begleitenden und vorbereitenden verstärkten Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer in den Klassen ein bis sechs kommen soll. Zwar ist die Senkung der Klassenfrequenzen in diesen Klassen auf maximal 25 Schüler (20 in Problemgebieten) zu begrüßen, aber erstens hat die CDU dies schon vor der

sammlung von Nazi-Emblemen und Militaria und die Verherrlichung von Dönitz befürchten lässt, dass das Museum zu einem Wallfahrtsort für Militaristen und Neofaschisten werden könnte.

HVV – Hamburger Verkehrsverbund, Verkehrsunternehmen für den Großraum Hamburg, reicht ca. 80 km weit ins Umland.

Steilshoop ist eine Großraum-Siedlung und eigener Stadtteil im Norden Hamburgs mit 24 000 Einwohnern, gebaut ab 1969, seitdem ohne Schnellbahnbindung, obwohl dies immer wieder versprochen wurde.

ASKLEPIOS hatte alle Hamburger kommunalen Krankenhäuser unter bis heute nicht ganz geklärten Umständen für 318 Millionen € gekauft, aber nur 20 Millionen € bezahlt. Ein erfolgreicher Volksentscheid (76,8 Prozent der Wahlberechtigten) untersagte dies eigentlich, aber der CDU-geführte Senat hielt sich nicht daran. Sein rot-grüner Vorgängersenkta wollte nur 49 Prozent verkaufen. Jetzt ist ASKLEPIOS am Zukauf des Universitätskrankenhauses Eppendorf interessiert.

Das Heim Feuerbergstrasse mit »geschlossener Unterbringung« krimineller Jugendlicher wurde auf Drängen von Schill erst vom CDU-geführten Senat eingerichtet – fiel allerdings durch zahlreiche rechtswidrige Skandale auf.

Die so genannte »Elbphilharmonie« ist ein viel diskutiertes »Leuchtturmprojekt« der wachsenden Stadt, ein hochgejubeltes Prestige-

objekt mitten im Hafen, das als städtebaulich ansehnliche Konkurrenz zum Opernhaus in Sydney gesehen wird. Der nutzlos gewordene Kaispeicher A (der Hafenumschlag erfolgt heute zu meist mit Containern) wird auf der Kaizungen zu einem Konzerthaus für die Philharmonie umgebaut, mit integriertem 5-Sterne-Hotel, Parkhaus und Hafen-Lofts zum Wohnen. Zuerst sollte es 187,7 Millionen € kosten, wovon die Stadt nur 77 Millionen € tragen sollte, den Rest Sponsoren. Wer die Betriebskostendefizite trägt, ist offen. Später stiegen die Kosten auf 241,7 Millionen €, jetzt heißt es, sie betrügen 340 Millionen €. Die Mehrkosten müsste die Stadt tragen.

Im Bürgerschaftswahlkampf kam es zu einer überfüllten Diskussionsveranstaltung der LINKEN über die Bildungspolitik, mit Gregor Gysi, dem bekannten Hamburger Reeder und Millionär Peter Krämer und dem ehemaligen Geschäftsführer der Handwerkskammer, Hogeфорster, jetzt Fernsehmoderator des Lokalsenders »Hamburg 1«. In ihr sprachen sich alle drei vehement für längeres gemeinsames Lernen aus. Immerhin hatte Hogeфорster der FDP geholfen, das Bürgerschaftswahlprogramm zu schreiben!

In Hamburg wird seit 1. August 2005 von allen Eltern Geld für Schulbücher erhoben, gestaffelt von 50 bis 100 € pro Schüler und Jahr, je nach Alter. Ermäßigung gibt es bei Geschwistern und für sozial Schwache.

Das Hamburger Institut für Berufsbildung ist sozusagen der »Kompromiss«, als Stifting öffentlichen Rechts

Wahl eingeleitet, so dass es nicht mehr so viele Klassen betrifft, und zweitens sind die Klassenfrequenzen in den Klassen sieben bis zehn besonders hoch. Damit sind noch nicht einmal die unter der der Ägide der vorigen Schulsenatorin Dinges-Dierig (CDU) vorgenommenen massiven Klassenfrequenzerhöhungen (und Einsparungen von 450 Lehrerstellen) rückgängig gemacht. Positiv ist auch die Einrichtung weiterer 50 gebundener Ganztagschulen und die Einrichtung von Integrationsklassen in Vorschule und Gymnasien. Aber die Kürzungen an den Ganztagschulen wurden nicht zurückgenommen und die flächendeckende Einführung integrativer Regelklassen nicht erwähnt, also nicht verabredet. Und nicht zuletzt ist positiv, weitere 500 Plätze an Produktionsschulen einrichten zu wollen. Diese aber als staatliche Schulen wie in Bremen zu installieren hat sich die Koalition nicht getraut. Bei der Ausweitung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge mit Kammerprüfung fehlen nähere Festlegungen.

Absolut negativ zu beurteilen ist dagegen die Verfestigung des Büchergeldes (trotz vorgesehener Entlastung von Geringverdienern) – auch ein Bruch eines grünen Wahlversprechens. Auch das Hamburger Institut für Berufsbildung (HIBB) soll erhalten bleiben, was nicht akzeptabel ist, zumal die Besetzung des Kuratoriums ohne Gewerkschafter auch nur geprüft werden soll. Negativ ist auch die Einführung zweijähriger Ausbildungsberufe. Gemeint sind wohl die seit Jahren von der Handelskammer Hamburg geforderten »Berufe« wie Parkplatzwächter, Frittenbündner und MacDonalds-Köche. Die umstrittene »Selbstverantwortete Schule« soll gestärkt und das Bildungssparen geprüft werden – also wird die Ökonomisierung der Bildung vorangetrieben, nicht abgebaut oder eingedämmt. Nichts wird zur Einstellung weiterer Lehrerinnen und Lehrern gesagt, wobei jeder weiß, dass bei Fortsetzung der Lehrerplanstellenkürzungen der letzten Jahre um 2 000 Stellen, überhaupt keine Schulreform zu machen sein wird. Da genügt es nicht, wenn im Zuge der Evaluation des Hamburger Lehrerarbeitszeitmodells durch die eingesetzte Behler-Kommission nur bei einigen Lehrern eine Wochenobergrenze für Unterrichtsstunden geprüft werden soll.

Neuland betritt die Koalition mit dem Modell der nachgelagerten Studiengebühren, ein einmaliges Modell für die BRD, importiert aus Australien. Zunächst klingt es positiv und plausibel: Senkung der Gebühren von 500 € auf 375 € pro Semester und erst zu bezahlen, wenn man verdient. In Australien gibt es das schon seit 1989 als *Higher Education Contribution Scheme* (HECS). Hirnlos abgeschrieben oder absichtsvoll installiert? Denn nicht ausgeschlossen wird die nachträgliche Erhöhung der Gebühren und die Senkung der Verdienstgrenze, ab der zurückgezahlt werden muss. In Australien wurde beides mehrfach verschlechtert, so dass man das HECS wieder los werden will. Vor allem, weil in Australien eine Kosten-Nutzen-Rechnung damit verbunden ist: Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem möglichen späteren Einkommen je nach Studienfach. Medizin- und Jurastudium kostet mehr als doppelt so viel wie das der Erziehungswissenschaften. Damit wird das Studium zu einer individuellen Investition in das eigene Humankapital und beschleunigt den marktradikalen Umbau der Hochschulen. Werden also in Zu-

kunft in Hamburg wie in Australien männliche Studenten im Durchschnitt 17 Jahre lang, Studentinnen 51 Jahre lang ihre »Investitionskredite« zurückzahlen müssen? Da dies alles nicht explizit ausgeschlossen wurde, muss unterstellt werden, dass es gewollt oder billigend in Kauf genommen wurde. Denn sie wissen, was sie tun, und australische Erfahrungen liegen vor. Jedenfalls hat die GAL damit als erster grüner Landesverband einen weiteren gravierenden Paradigmenwechsel mit Langzeitfolgen vorgenommen: Beschleuniger der Verbetriebswirtschaftlichung von Bildung zu sein!

Dieses magere Ergebnis im Kinder- und Bildungsbereich lässt sich mit euphorischen Worten und überschwänglichen und zudem noch falschen Behauptungen der Schulsenatorin Goetsch nicht schön reden: Hamburg sei in Deutschland das erste Bundesland, in dem alle Kinder bis Klasse sechs gemeinsam lernen. Die sechsjährige Grundschule gab und gibt es in Bremen, Brandenburg, Berlin und bis 1957 auch in Hamburg – allerdings sind die Erfahrungen damit schlechter als mit einer Schule für alle bis Klasse zehn. Die GAL brüstet sich damit, was sie in diesem Bereich erreicht hätte. Aber da keinerlei Festlegungen über die zusätzlichen Mittel und Planstellen getroffen wurden, die in den Schwerpunkt »Kinder und Bildung« fließen sollen, ist zu befürchten, dass – wie in der Vergangenheit – auch in Zukunft der Finanzsenator der heimliche Bildungssenator werden wird.

Mancher denkt, dass die Grünen die Privatisierungspolitik gestoppt hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Die PPP-Projekte (Public-Private-Partnership) werden erheblich ausgeweitet: Schulgebäude-Management, Schulsanierung und Hausmeisterdienste sollen nun nach dem Muster des Pilotprojektes im Bezirk Harburg an allen Schulen privatisiert werden, Pop-Konzerthalle, JEKI (»Jedem Kind ein Instrument«, ein Bertelsmann PPP-Projekt), Cluster Kreativwirtschaft, Wissenschaftsstiftung, Hamburg Media School, Hafenausbau und Elbe-Stiftung, Schifffahrtsstandort Hamburg, Energieagentur, Hafenuferspange, Wassertaxi, Hafencity Überseequartier, Wohnungsverluste, Pflegestützpunkte – alles als PPP. Die GAL-Vorsitzende Anja Hajduk nennt das »intelligente Privatisierung«. Eben: Grüne Schrift, schwarzer Text!

Inzwischen sind gut 100 Tage vergangen. Die Koalitionäre waren die ganze Zeit krampfhaft bemüht, ihre strategisch angelegte Koalition als harmonisch und konfliktfrei zu verkaufen – an ihrer jeweiligen Basis und in der Öffentlichkeit. Soll doch modellhaft das Weiterregieren der CDU durch die grünbürgerlichen Partner als langfristige Option für die BRD etabliert werden, denn beiden ist klar, dass das neoliberal-bürgerliche Lager sonst keine Mehrheit hätte. In Hamburg nicht und im Bund auch nicht. Die Hamburger Presse unterstützt das – allen voran die Springer-Presse. Zwei Drittel der befragten Unternehmer in Hamburg fanden plötzlich schwarzgrün positiv. Das Echo aus der Bundespolitik war bei CDU und Grünen freundlich, die SPD schwieg sich aus. Vereinzelt kam es zu nahezu gleichlautenden Anträgen von SPD und LINKEN in der Bürgerschaft (zum Beispiel bei Studiengebühren), die in die Ausschüsse verwiesen wurden. Einstimmig wurde die Hauptschule abgeschafft, 116 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Überraschend wurden

konstituiert, nachdem 120 000 Hamburger einer Volksinitiative »Bildung ist keine Ware«, die sich gegen die Privatisierung aller beruflichen Schulen wandte, zum Erfolg verholfen hatten. Ihm unterstehen alle Berufsschulen, geleitet von einem Vorstand ohne Stimmrecht der Gewerkschaftsvertreter, allerdings mit Stimmrecht für die Vertreter der Arbeitgeber.

Das Hamburger Lehrersarbeitszeitmodell – noch unter dem SPD/GAL-Senat begann die Schulbehörde, die Lehrersarbeitszeit neu zu ordnen, unter anderem mit dem Ziel, Planstellen einzusparen und sie »gerechter« auf die Lehrer zu verteilen. Die Anteile an Unterrichts- und -nachbereitungszeit beziehungsweise, Elterngesprächszeit wurden taxiert und addiert. Die Unterrichtszeit wurde nach Fächern und Schularten gestaffelt hierarchisiert und mit einem bestimmten Faktor versehen: Die Sportstunde wurde anders gewichtet als die Englischstunde. Für Leitungs- und Sammlungsverwaltungsarbeit und besondere Aufgaben gab es bestimmte Anrechnungen. Das alles aufsummiert, ergibt die individuell unterschiedliche Arbeitszeit, die bis 32 Lehrerwochenstunden anwuchs. Durchschnittlich hat seitdem jeder Lehrer in Hamburg zwei Stunden zusätzlichen Unterricht zu leisten. Die CDU setzte eine Evaluationskommission unter Leitung der ehemaligen NRW-Kultusministerin Behler (SPD) ein, die in diesen Tagen ihren Bericht abliefern. Dieses Modell ist in der BRD einmalig.

Modell Hamburg Süd: Grundinstandsetzung, Neubau, Bauunterhaltung und Bewirtschaftung von 32 Schulen im Bezirk Harburg werden in fünf Jahren von der städtischen Gesellschaft GWG Gewerbe ausgeführt und 25 Jahre als öffentlich-öffentliche Partnerschaft (ÖÖP) bewirtschaftet. Kosten: 27 Millionen €, die monatlich von der Stadt abgegolten werden. Angeblich soll der finanzielle Vorteil für die Stadt zehn Prozent betragen. Der Senat hat jüngst die Entscheidung verschoben, ob alle Hamburger Schulen nach diesem Modell saniert und bewirtschaftet werden (Volumen: circa drei Milliarden €) oder an einen privaten Investor verkauft werden.

Die HHLA (Hamburger Hafen und Logistik AG) ist der größte Hafenumschlagsbetrieb in Hamburg, dem auch der Lübecker Hafenumschlag gehört. Er befindet sich in städtischem Eigentum und wurde gerade zu 49,9 Prozent privatisiert, was ca. eine Milliarde € »frisches Geld« in die Kassen gespült hat. Die Port Authority, ehemals die Behörde für Strom- und Hafenausbau, kann als privatrechtlich geführtes Unternehmen (Landesbetrieb) auf dem freien Kapitalmarkt Kredite aufnehmen, die beim Hamburger Haushalt nicht mitgezählt werden.

spektakuläre Vorschläge präsentiert, die den Eindruck großer Reformfreude erzeugten: Da soll die Universität neu gebaut werden, bezahlt durch Verkauf des alten Campusgeländes in bester Lage. Da sollen zusätzlich 55,4 Millionen € für Kinderschutz und Kita-Betreuung ausgegeben werden. Der Hafenausbau soll von Hafenfirmer, der HHLA und Port Authority gemeinsam als PPP-Projekt finanziert werden – am öffentlichen Haushalt vorbei mit privat aufgenommenen Krediten. Vor allem Christa Goetsch (GAL, 2. Bürgermeisterin und Bildungsministerin) tingelt durch die Versammlungen und kommuniziert neuartig und charmant die Positionen der Koalition. Hinter den Kulissen wird gewerkelt, den Spagat hinzubekommen: Was wollen die Bürger, was wurde vor der Wahl versprochen? Und welche neoliberale Lösung will der Senat? Schon beginnt es an der Basis von CDU und GAL zu rumoren. Erste Stimmen bei der GAL erwägen eine Beendigung der Koalition. Aber darauf sollte man nicht setzen: Sie sind zum Erfolg verdammt, weil es um ein langfristiges Modell geht!

Doch das in der Öffentlichkeit skizzierte harmonische Miteinander bekommt bereits Kratzer: Denn inzwischen sind Aktenvermerke aufgetaucht, dass es Geheimabsprachen gibt. Ein Staatsrat (Staatssekretär) wurde bereits als Bauer geopfert. In der CDU rumort es wegen der Schulpolitik, in der GAL wegen des Großkraftwerks Moorburg von Vattenfall, das munter weitergebaut wird, obwohl die baurechtliche Prüfung durch die GAL-geleitete Behörde noch nicht abgeschlossen ist. Inzwischen hat die Schulsenatorin begonnen, das Schulkonzept umzusetzen: 22 regionale Schulentwicklungskonferenzen sollen die Schulstandortplanung vorbereiten. Gleichzeitig laufen die zwei Volksbegehren: »Eine Schule für Alle« und »Wir wollen lernen«. Eine heiße Schuldebatte ist also entstanden. Jetzt wird auch bekannt, dass das teure Vorzeigeprojekt »Elbphilharmonie« immer teurer wird. Im Wahlkampf hatte Ole von Beust versprochen, dass die staatliche Beteiligung als »absolute Deadline« 77 Millionen € – bei 187 Millionen € Gesamtbaukosten – betrüge. Später wurde mit der Hochtief AG ein Festpreis von 241 Millionen € vereinbart. Inzwischen geht man von Kosten in Höhe von 340 Millionen € aus. Der GAL-Fraktionschef Kerstan beschwerte sich, dass Hochtief die Stadt erpresse, weil der Fertigstellungstermin immer weiter herausgeschoben würde, die vereinbarten Säumniszuschläge aber bei vier Millionen € gedeckelt sind (vgl. Hamburger Abendblatt vom 6./7. September 2008). Also käme die Stadt auf höhere Kosten, dabei sind noch nicht einmal alle Sponsorengelder beisammen und es ist unklar, wer die Betriebskosten trägt.

Der gerade vorgelegte erste Entwurf für einen Doppelhaushalt 2009/2010 verursacht rundum Ärger. Es fehlen bei einem Gesamtetat von rund zehn Milliarden € akut drei bis vier Milliarden € in den nächsten Jahren. Einsparungen im Betriebshaushalt, der schon seit 2007 Überschüsse erbringt, eine Grunderwerbssteuererhöhung und Vermögensverkäufe (Immobilien) sollen den Etat ausgleichen. Der fünfte öffentliche Streitpunkt ist die Handhabung des Demonstrationsrechts. Die Demonstrationen des gerade beendeten »Klima- und Antirassistischen Camps« von rund 1 500 Aktivisten wurden von der Polizei ebenso drangsaliiert wie die Antifa-Demonstration

am 1. Mai. Der Hardliner, Senator Ahlhaus (CDU), setzt die repressive Linie seiner Vorgänger Schill und Nagel fort, entgegen allen Koalitionsabsprachen, und liefert sich mit der LINKEN parlamentarische Scharmützel. Und nicht zuletzt entpuppt sich der seit zehn Jahren aufgelaufene Renovierungsstau der 394 Hamburger Schulen in Höhe von etwa drei Milliarden € als großes Problem (vgl. Hamburger Morgenpost vom 3. September 2008). Umstritten ist die Privatisierung an die städtische SAGA/GWG oder an einen Großinvestor, die dann Kredite außerhalb des öffentlichen Haushalts aufnehmen könnten. Gerade hat der Senat die Entscheidung darüber verjagt.

So zeigt sich schneller als es den Koalitionären lieb ist, welche versteckten Probleme ungelöst blieben. Sollten doch der GAL- wie der CDU-Basis und der Öffentlichkeit das Bild einer harmonischen Ehe vorgegaukelt werden. Nun zeigt sich, dass das reiche Hamburg, das in den letzten Jahren jährlich 400 bis 800 Millionen € mehr an Steuern eingenommen hat, als vorausgeschätzt, Finanzierungsprobleme hat. Andere politische Widersprüche in der Umweltpolitik, bei der Schulstruktur, in der Handhabung des Demonstrationsrechts hat die Koalition auch nicht gelöst.

Erbärmlich ist die Rolle der Hamburger SPD, deren Kritik sich in Begriffen wie »Konzeptionslosigkeit«, »Chaos« und »Widersprüche« erschöpft und die in der Innenpolitik die CDU rechts überholt. Da kommt allerdings keine klammheimliche Freude hoch, denn dadurch wird klar, dass eine Wende in der Stadtpolitik in ganz weite Ferne gerückt ist. Nach Lage der Dinge bewegt sich parlamentarisch gar nichts in diese Richtung. Nicht einmal das Auslaufen des Hamburger Vergabegesetzes am 31. Dezember 2008 ist für die SPD ein Thema. Da ist es gut, wenn die Antifa, die Flüchtlingsorganisationen und das Klima- und Antira-Camp über außerparlamentarische Proteste Druck machen und dass eine Volksinitiative »Eine Schule für Alle« die Frage der künftigen Schulstruktur auf die Straßen und Plätze und in die Betriebe trägt.

»Wat lernt uns dat?«, pflegt man in Hamburg am Ende längerer Erörterungen zu fragen. Ohne außerparlamentarischen Druck, ohne sichtbare Bewegung relevanter Gruppen der viel beschworenen »Zivilgesellschaft«, der angesichts der Repräsentanzkrise der herrschenden Parteien auf deren Druckempfindlichkeit zielt, ist keine Änderung dieser Politik erreichbar. Dabei gilt die alte Erfahrung nicht mehr, dass die SPD und die Grünen, weil opportunistisch, druckempfindlicher als die CDU sind. Die GAL zählt zu den neoliberalen, marktradikalen Vorreitern im Parteienkartell von CDU, SPD und Grünen. Und der in Hamburg dominierende rechte SPD-Flügel geriert sich als »Law and Order«-Verein. Die »moderne« Großstadt-CDU à la von Beust, Christian Wulff oder Jürgen Rüttgers ist insofern »sozialdemokratisiert«, als sie auf Protest flexibel zu reagieren versucht. Bleibt die wichtige Erkenntnis, dass das Standbein linker Politik, der außerparlamentarische Druck, entwickelt und trainiert werden muss.

Das Hamburger Vergabegesetz schreibt bei Vergabe öffentlicher Aufträge die Bindung an Tarifverträge, ökologische und soziale Standards vor.

Die – entgegen des Beschlusses der bürgerschaftlichen Härtefallkommission – von der Ausländerbehörde vorgenommene Abschiebung von armenischen Schülerinnen musste nach ganz heftigen Protesten in der Öffentlichkeit von Kirchen, Flüchtlingsinitiativen und der LINKEN wieder zurückgenommen werden.